

Medienkonferenz: Lancierung Referendum Nein zur Entlassungsrente

Gegen das vom Parlament beschlossene Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) hat eine Komitee das Referendum ergriffen. Die Fehlanreize, ältere Mitarbeiter noch einfacher zu entlassen, müssen entschieden bekämpft werden. Das Komitee fordert, das unbestrittene Problem der älteren Arbeitslosen über eine griffige Reform von AHV und BVG zu lösen. Denn Menschen im erwerbsfähigen Alter wollen Arbeit, keine staatliche Rente.

Am 19. Juni haben die eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) verabschiedet. Dagegen hat eine Gruppe von SVP-Parlamentariern das Referendum ergriffen. Anlässlich einer Medienkonferenz in Bern wurde der Start der Unterschriftensammlung bekannt gegeben. Das Komitee hat nun bis zum 8. Oktober Zeit, mindestens 50'000 Unterschriften zu sammeln.

Das Volk soll entscheiden

Nationalrat Manuel Strupler (TG) erläuterte die Beweggründe, das Referendum zu ergreifen. Er möchte verhindern, dass im Schnellzugstempo – hauptsächlich, um die Begrenzungs-Initiative einfacher bekämpfen zu können – ein neues Sozialwerk geschaffen wird, welches gravierende Probleme zwar kurzfristig überdeckt, nicht aber löst.

„Wir halten es für richtig und für unsere Pflicht, das mit der sog. «Überbrückungs-Rente» vorgesehene neue Sozialwerk dem Volk zur Entscheidung zu unterbreiten,“ so Strupler weiter.

Arbeit statt Rente

Nationalrätin Monika Rüegger (OW) spricht über die falschen Anreize, welche dieses Gesetz einführt. Die Entlassungs-Rente gestatte es Unternehmen, älteren Angestellten und Arbeitern künftig sorglos zu kündigen und sie in die «Entlassungs-Pension» zu schicken. Finanziert wird das dazu erforderliche neue Sozialwerk vom Staat, also von der Allgemeinheit, von der arbeitstätigen Bevölkerung. Die Kosten werden sozialisiert, die daraus resultierenden Profite bleiben – Boni-wirksam für die Manager – bei den Unternehmen.

Probleme nicht mit «Pflasterli» zudecken

Für Nationalrat Mike Egger (SG) muss das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit unbedingt angegangen werden. Die Überbrückungsrente werde diesem Problem aber in keiner Weise gerecht. Es sei unseriös, wenn eine strukturelle Problematik auf dem Arbeitsmarkt von unserem Parlament einfach mit einem «Pflasterli» überdeckt werden soll, indem im Eilzugstempo ein neues Sozialwerk geschaffen werde. Zudem sei die massive Zuwanderung in den Arbeitsmarkt die Hauptursache, warum dieses neue Sozialwerk geschaffen werden soll. Mit der Begrenzung der Zuwanderung sei der seriösere Weg, damit ältere Angestellte vom Arbeitsmarkt nicht durch billige EU-Ausländer verdrängt würden.

Nein zu einem neuen Sozialwerk

Ständerat Jakob Stark (TG) betont die grosse Herausforderung des Fachkräftemangels. Wichtigste Gegenmassnahme sei, neben der Erhöhung der Erwerbsquote der Frauen, die Flexibilisierung des Rentenalters. Diesem

Vorhaben stehe das Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) diametral entgegen. „Es verstärkt für Arbeitnehmer und für Arbeitgeber die Anreize, die Anstellung ab dem 58. Altersjahr vorzeitig zu beenden“, so Stark weiter. Die Überbrückungsleistung sei ein neues Sozialwerk, dessen Kosten anfänglich bescheiden wirken mögen, mittel- und langfristig aber mehrere hundert Millionen Franken pro Jahr betragen würden. Es seien griffige Massnahmen für ältere Beschäftigte gefragt, wobei die Reformen von AHV und BVG im Vordergrund stehen.

Zuwanderung die wahre Ursache

Für Nationalrat Jean-Luc Addor ist klar, dass allein durch Begrenzung der Masseneinwanderung die Probleme, welche die Sozialversicherung, insbesondere die Arbeitslosenversicherung, belasten, erfolgversprechend bekämpft werden könnten. Wobei die Arbeitslosigkeit in der Schweiz vor allem die älteren Arbeitnehmer treffe. Die sogenannte «Überbrückungs-Rente» erweise sich als vergiftetes Geschenk an die älteren Arbeitnehmer. In Tat und Wahrheit entpuppe sich diese als Entlassungsrente. Damit werden die älteren, manchmal als teuer eingestuften Arbeitnehmer eben gerade nicht im Arbeitsmarkt behalten. Die Entlassungsrente ermutige vielmehr die Manager der Konzerne, an ihrer Stelle noch rascher Jüngere und vermeintlich Billigere, vor allem aus dem Ausland Einwandernde, einzustellen.

Organisation Referendum

Das Referendum wird von einem Co-Präsidium geführt, unter der Leitung von Nationalrat Manuel Strupler (TG). Weiter gehören dem Co-Präsidium an: Jean-Luc Addor, Nationalrat (VS); Mike Egger, Nationalrat (SG); Benjamin Fischer, Kantonsrat (ZH); Franz Grüter, Nationalrat (LU); Monika Rüegger, Nationalrätin (OW); Jakob Stark, Ständerat (TG). Das Komitee befindet sich im Aufbau, die aktuelle Liste ist jeweils [hier](#) abrufbar.

Download Referate

Nationalrat Manuel Strupler: [PDF Deutsch](#) / [PDF Französisch](#)
Nationalrätin Monika Rüegger: [PDF Deutsch](#) / [PDF Französisch](#)
Nationalrat Mike Egger: [PDF Deutsch](#) / [PDF Französisch](#)
Ständerat Jakob Stark: [PDF Deutsch](#) / [PDF Französisch](#)
Kantonsrat Benjamin Fischer: [PDF Deutsch](#) / [PDF Französisch](#)
Nationalrat Jean-Luc Addor: [PDF Deutsch](#) / [PDF Französisch](#)